

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1-3  
44777 Bochum

Telefon: (0234) 910 - 1295 / -1296  
Fax: (0234) 910 - 1297  
email: linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de

An die

Medien in Bochum

Bochum, den 31.1.2008

## PRESSEMITTEILUNG

### **Der Wahlkampf hat begonnen - Kein Sozialtarif für Strom und Gas**

In Deutschland kommt es jährlich zu 800.000 zeitweiligen Stromabschaltungen. Der Grund: Die Kosten für den Bezug von Strom und Gas sind in den letzten Jahren extrem gestiegen. Auf der anderen Seite haben das Lohnniveau und auch der Regelsatz für Hartz IV EmpfängerInnen eine solche Steigerung nicht mitgemacht. Die Linksfraktion hatte deshalb u.a. beantragt, dass die Stadtwerke Bochum ein Konzept für einen Sozialtarif für Strom und Gas entwickeln sollen. Im Grundsatz unterstützte die CDU diesen Vorschlag, während SPD und Grüne gegen den Sozialtarif stimmten.

Für Uwe Vorberg von der LINKEN völlig unverständlich: „In Köln, einer Stadt, der es finanziell auch nicht gerade gut geht, haben sich SPD, Grüne und LINKE gemeinsam für einen solchen Tarif eingesetzt. Warum das in Bochum nicht gehen soll, ist für uns nicht nachvollziehbar.“

Die Grünen redeten sich damit heraus, dass der Bund zuständig sei, die Kommune könne nicht ständig die Fehler von Hartz IV ausmerzen. Mit dem Antrag der Linksfraktion würden falsche Hoffnungen geweckt. „Dieses Statement von Bürgermeisterin Platzmann kann mensch nur als Armutszeugnis für die Grünen werten,“ so Vorberg. „Selbstverständlich können wir vor Ort nicht alle Fehler aus Hartz IV abmildern. Darum ging es in unserem Antrag gar nicht. Andere Kommunen haben einen Sozialtarif für Strom und Gas und selbst der von uns nicht gerade geliebte Energieriese E.ON hat einen solchen Tarif eingeführt.“

Im Widerspruch zu ihrer vorherigen Aussage setzten sich die Grünen wenige Minuten später für ein Sozialticket ein, hier ging es um eine Abmilderung von Hartz IV. Nicht ganz logisch aus Sicht der Linksfraktion. Ernst Lange, Fraktionsvorsitzender der

LINKEN, ließ es sich nicht entgehen daran zu erinnern, wer die unsäglichen Hartz-Gesetze auf den Weg gebracht hat: SPD und Grüne.

Etwas erstaunt war die Linksfraktion über die Reaktion der SPD. Sie schwieg zu dieser Frage. „Schon etwas verwunderlich,“ merkt Vorberg an. „Die SPD versucht in den letzten Monaten, sich das Mäntelchen der sozialen Gerechtigkeit umzuhängen, und will nichts gegen die vielen Stromabschaltungen unternehmen. Wie Herr Fleskes für die SPD an anderer Stelle richtig bemerkte: Der Wahlkampf hat begonnen. Die SPD redet von sozialer Gerechtigkeit, handelt aber nicht danach. Auch das ist arm.“

Mit freundlichen Grüßen

Hella Eberhardt  
Fraktionsgeschäftsführerin